



04.10.2006 - Wasserwirtschaftsamt informiert Bürgermeister und Verbandsvorsitzende über Vorranggebiete für die Wasserversorgung

Zahlreiche Bürgermeister aus der Region und Verbandsvorsitzende konnte Amtsleiter Karl Deindl zu einer Informationsveranstaltung über Vorranggebiete für die Wasserversorgung am Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt begrüßen. Nach den Vorstellungen des Amts sollen vor allem die empfindlichen Karstbereiche der Einzugsgebiete von Trinkwasserbrunnen im Regionalplan als Vorranggebiete ausgewiesen werden.

Deindl machte gleich zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass der Entwurf des Wasserwirtschaftsamtes eine Diskussionsgrundlage darstellt. „Vorranggebiete sind im ureigensten Interesse der Wasserversorger. Sie bieten zusätzlichen Schutz für das Trinkwasser, unser Lebensmittel Nr. 1. Nutzen Sie die Möglichkeit, die Ihnen mit den Vorranggebieten gegeben wird.“, so der Appell Deindls an die Bürgermeister. Vorranggebiete bedeuten langfristige Sicherheit für die millionenschweren Investitionen in der öffentlichen Trinkwasserversorgung.

Das Wasserwirtschaftsamt hat die vorgesehenen Vorranggebiete aufgrund der vorhandenen geologischen Daten ermittelt. Die durchgeführten Untersuchungen zeigen auch die natürliche Schutzfunktion des Untergrundes gegenüber Schadstoffeinträgen auf. Von insgesamt 19 Vorranggebieten sind 15 im Landkreis Eichstätt, drei in Pfaffenhofen und eines landkreisübergreifend vorgesehen. Die hohe Anzahl in Eichstätt ist durch die fehlenden Deckschichten im Karst, die in anderen Bereichen die Grundwasservorkommen schützen, begründet.

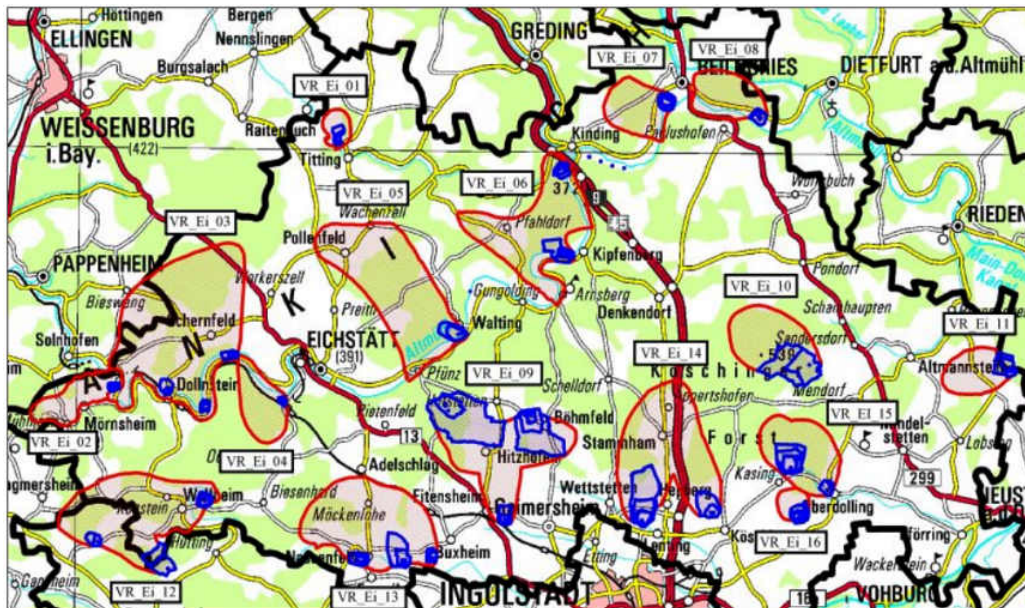
Den bereits im Vorfeld der Veranstaltung insbesondere von den Gemeinden vorgebrachten Bedenken, dass die Vorranggebiete eine Ausweitung der Wasserschutzgebiete mit weiteren Einschränkungen für die gemeindlichen Entwicklung und die landwirtschaftliche Nutzung darstellen, konnte Deindl entgegentreten. Mit den Vorranggebieten bewege man sich auf der Ebene der Regionalplanung, was ganz andere rechtliche Folgen als bei Wasserschutzgebieten habe.

So stellen z. B. die Ausweisung von Bauland oder die landwirtschaftliche Nutzung keine konkurrierende Nutzung dar. Sie sind auch in den Vorrangflächen ohne Einschränkungen möglich. Auch der Bestandschutz ist selbstverständlich sichergestellt.

Nutzungen mit besonders hohem Gefährdungspotential für das Grundwasser, wie z. B. chemische Industrieanlagen, Pipelines, Großtanklager oder Deponien sind dagegen unverträglich. Auch großräumiger und damit raumbedeutsamer Rohstoffabbau (z. B. Lehm-, Kies- oder Juragesteinsabbau) kann eine konkurrierende Nutzungen darstellen und ist nur bei geeigneten hydrogeologischen Gegebenheiten zulässig. Eine Beeinträchtigung der Wasserversorgung muss sicher ausgeschlossen sein.

Bis Ende November haben die Wasserversorgungsunternehmen jetzt Zeit, um ihre Haltung zum Entwurf für die Vorranggebiete vorzubringen. „Wir werden nur die Vorranggebiete an die Regierung von Oberbayern melden, die nicht auf Ablehnung der Wasserversorger stoßen“, so Deindl abschließend.

Entwurf Vorranggebiete für die Wasserversorgung im Karst



Für die langfristige Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung außerhalb von Wasserschutzgebieten werden für die empfindlichen Bereiche der Grundwassereinzugsgebiete von bestehenden Wassergewinnungsanlagen Vorranggebiete für die Wasserversorgung vorgeschlagen.

Aufgrund der ungünstigen hydrogeologischen Verhältnisse in den Karstgebieten wurden für alle Gewinnungsanlagen im offenen und teilbedeckten Karst in der Region 10 entsprechende Vorranggebiete (EI 1 - EI 16) erarbeitet. Im Bereich des tertiären Hügellandes im südlichen Teil der Region 10 wurden für 3 Gewinnungsgebiete (PAF 01 - PAF 03) Vorranggebiete abgegrenzt, in denen durch erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser das Fehlen von schützenden Deckschichten über dem genutzten Grundwasserleiter offenkundig ist.

Unter Verwendung aller vorliegender Unterlagen aus den Grundwassererschließungen, den Wasserrechtsverfahren sowie Einzugsgebietsermittlungen wurden die Gebietsvorschläge für die nachfolgenden Vorranggebiete erarbeitet, die die fassungsferneren Einzugsgebiete von bestehenden Trinkwassergewinnungsanlagen umfassen.

Bezeichnung Zuständige Wasserversorgungsunternehmen

VR_EI 01	ZV Burgsalacher Juragruppe
VR_EI 02	Markt Mörsheim
VR_EI 03	Markt Dollnstein, ZV Sappenfelder Gruppe
VR_EI 04	Stadtwerke Eichstätt - Wasserzell
VR_EI 05	ZV Altmühltal
VR_EI 06	ZV Denkendorf-Kipfenberger Gruppe, ZV Kindinger Gruppe
VR_EI 07	Stadt Beilngries
VR_EI 08	ZV Wolfsbuch-Paulushofener Gruppe
VR_EI 09	SW Eichstätt - Pfünzer Forst, ZV Eichstätter Berggruppe, ZV Böhmfelder Gruppe, Gemeinde Eitensheim
VR_EI 10	ZV Altmannsteiner Gruppe - Steinsdorf
VR_EI 11	ZV Altmannsteiner Gruppe - Laimerstadt
VR_EI 12	Markt Wellheim, ZV Spindeltalgruppe, ZV Heimberggruppe - Ellenbrunn
VR_EI 13	ZV Nassenfels Gruppe, Gemeinde Buxheim, Stadtwerke Ingolstadt - Gläsbrunnen
VR_EI 14	Gemeinde Lenting, Markt Kösching - Kösching
VR_EI 15	Markt Kösching - Kasing, Gemeinde Oberdolling

VR_PAF 01 ZV Waaler Gruppe - Rohrbach

VR_PAF 02 Markt Wolnzach

VR_PAF 03 Stadt Pfaffenhofen -Spitalhof

In den wasserwirtschaftlichen Vorranggebieten soll der Nutzung von Grundwasservorkommen für die Trinkwasserversorgung gegenüber konkurrierenden Nutzungsansprüchen Vorrang eingeräumt werden. Andere raumbedeutsame Nutzungen sind auszuschließen, soweit diese mit dem Schutz des Grundwassers nicht vereinbar sind.

Begründung

Dem Erhalt der Ressource Wasser kommt grundsätzlich in der gesamten Region besondere Bedeutung zu. Dafür bietet die kleinräumige, eigenverantwortliche Sicherung dieser Vorkommen und der Erhalt der bestehenden Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung die beste Gewähr.

Die Region muss sich auch künftig aus eigenen Vorkommen versorgen können. Dazu müssen geeignete Vorkommen für die Wasserversorgung erkundet und nutzbar gemacht werden, für die bestehenden Gewinnungsanlagen sind die Einzugsgebiete zu ermitteln und wirksam vor Verunreinigungen zu schützen. Die Sanierungen der Einzugsgebiete von Wassergewinnungsanlagen, deren Wässer mit Nitrat, Rückständen von Pflanzenbehandlungsmitteln oder sonstigen Verunreinigungen belastet sind, sind in Angriff zu nehmen bzw. erfolgreich zu Ende zu führen.

Aufgrund der für den Menschen existenziellen Bedeutung des Wassers ist dem Erhalt einer möglichst hohen Qualität und einem umfangreichen Dargebot bei möglichst geringem Erschließungsaufwand höchste Priorität einzuräumen.

Außerhalb bestehender Wasserschutzgebiete sollen empfindliche Bereiche der Grundwassereinzugsgebiete als Vorranggebiete für die öffentliche Wasserversorgung im Regionalplan gesichert werden (s. LEP B I 3.2.2.3). Somit besteht ein konkreter Auftrag an die Regionalplanung, diese Gebiete im Regionalplan darzustellen, um sowohl bestehende Wassergewinnungsanlagen als auch künftig nutzbare Gewinnungsgebiete zu sichern.

Vorranggebiete schaffen zudem Planungssicherheit und stellen damit ein wichtiges Instrument einer vorausschauenden Raumplanung und Konfliktbegrenzung dar. Die Abgrenzung der Vorranggebiete Wasserversorgung basiert auf Detailuntersuchungen der örtlichen hydrogeologischen Situation. Vorranggebiete Wasserversorgung werden im Regionalplan als Ziele der Raumordnung dargestellt. In diesen Gebieten sind andere räumliche Nutzungen dann ausgeschlossen, wenn sie mit den Zielen der öffentlichen Wasserversorgung nicht vereinbar sind.

Zu den konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen, die in Vorranggebieten ausgeschlossen werden, weil sie mit den Zielen der öffentlichen Wasserversorgung nicht vereinbar sind, zählen im Einzelnen:

- Eingriffe in den Untergrund, deren Ausmaß (räumliche Ausdehnung und/oder Tiefe) die natürliche Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung wesentlich mindert oder wenn Grundwasser freigelegt wird, wie das bei der Gewinnung von Bodenschätzen oder bei großen Baumaßnahmen (z.B. bei Verkehrsanlagen) der Fall sein kann;
- Große Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Raffinerien, Großtanklager, chemische Industrieanlagen);
- Behandlung, Lagerung oder Ablagerung von Abfällen (z.B. Deponien);

- Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen.

Andere Maßnahmen und Projekte ohne tiefgreifende Geländeeinschnitte oder Grundwasserfreilegungen sind im Regelfall durchführbar. Hierzu zählen etwa:

- Ortsumfahrungen oder sonstige Verkehrswege,
- Errichtung von Aussiedlerhöfen oder deren Erweiterung,
- Ausweisung von Wohnbaugebieten und Mischgebieten,
- Gewerbe- oder Industrieansiedlungen ohne größeres Emissionspotential,
- ober- oder unterirdische Anlagen mit geringer Gefährdungstufe,
- Abwasserbehandlungsanlagen und
- geothermische Anlagen mit hoher Energieleistung.

Die vorhandene Bebauung in den Vorranggebieten Wasserversorgung genießt Bestandsschutz. Darüber hinaus haben die Festsetzungen der Vorranggebiete Wasserversorgung keine Gültigkeit für Baugebiete innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile im Sinne des § 34 BauGB.

Die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung ist von den Vorranggebieten Wasserversorgung nicht betroffen. Die regionalplanerischen Zielsetzungen haben keine über die bestehenden gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden zusätzlichen Beschränkungen zur Folge.

Überschneidungen von Vorranggebieten Wasserversorgung mit Vorrang-/Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung sind nur bei geeigneten hydrogeologischen Gegebenheiten zulässig. Eine Beeinträchtigung der Wasserversorgung muss sicher ausgeschlossen sein.